

akzente

Monatszeitung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

GBM-Menschenrechtspreis für Dr. Martina Bunge Eintreten für berechnigte Forderungen von Ostrentnern gewürdigt

Der Menschenrechtspreis der GBM 2011 wurde der Bundestagsabgeordneten Dr. Martina Bunge (Fraktion DIE LINKE) verliehen. In einer festlichen Veranstaltung am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, im Haus der Russischen Wissenschaft und Kultur in Berlin überreichte der Vorsitzende der GBM, Prof. Dr. Wolfgang Richter, der verdienten Sozialpolitikerin den Preis. In seiner Laudatio würdigte er das zielstrebige Eintreten der Geehrten für die Belange ihrer Wähler, insbesondere für die berechtigten Forderungen der ostdeutschen Rent-

ner nach Gleichstellung, und ihre stete Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Partnern wie der GBM. Dr. Martina Bunge dankte für die Auszeichnung mit einer anschaulichen Schilderung ihres Wirkens für die Beseitigung von Rentenungerechtigkeit. Zu Beginn der Veranstaltung hatte der stellvertretende Vorsitzende, Gerd Buddin, als Gäste den Präsidenten des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden, Prof. Dr. Siegfried Mechler, und Vertreter von Organisationen, die eng mit der GBM zusammenarbeiten, sowie den stell-

vertretenden Direktor des Russischen Hauses herzlich begrüßt.

Das Trio „La Folia“ begleitete die Preisverleihung eindrucksvoll mit seinen musikalischen Darbietungen.

Im Anschluss vereinte ein kleiner Empfang die Teilnehmer der Veranstaltung mit der Preisträgerin und gab Gelegenheit zum Gedankenaustausch vor dem Jahreswechsel. *G.F*



Professor Dr. Wolfgang Richter überreicht Dr. Martina Bunge den GBM-Menschenrechtspreis
Foto: Jens Schulze

„Menschenrechte sind immer historisch konkret zu bewerten“

Aus der Laudatio von Prof. Dr. Wolfgang Richter für Dr. Martina Bunge

In seiner Ansprache bei der Verleihung des GBM-Menschenrechtspreises 2011 führte der Vorsitzende unserer Organisation unter anderem aus:

Es ist dem Bundesvorstand und dem Kuratorium der GBM eine große Ehre, heute am „Tag der Menschenrechte“, an dem sich zum 63. Mal die Annahme der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ durch die Generalversammlung der UNO jährt, dem Mitglied des Bundestages Frau Dr. Martina Bunge den Menschenrechtspreis der GBM zu überreichen.

Wir verleihen diesen Preis einer bedeutenden Sozialpolitikerin in Anerkennung ihres jahrelangen Wirkens für soziale Sicherheit, gerechte Renten und die Beseitigung jeglicher Diskriminierung zwischen Ost und West.

Sie ist eines der namhaften Gründungsmitglieder der GBM im Jahre 1991. Sie hat sich im Interesse unserer Mitglieder und Sympathisanten – und nicht nur der GBM, sondern eines breiten Bündnisses

von Nichtregierungsorganisationen, von denen viele sich im OKV zusammengeschlossen haben – für die Wahrung ihrer Menschenrechte und die Verwirklichung der Menschenrechtskonventionen in der Bundesrepublik eingesetzt. Durch gemeinsame zwanzigjährige Anstrengungen ist Dr. Martina Bunge selbst zu einem Symbol des Kampfes um Rentengerechtigkeit in Deutschland geworden.

Bereits im Bundestag 1991, in den die ehemalige DDR erstmalig Abgeordnete entsenden konnte, war sie Mitarbeiterin der Fraktion der PDS für Sozial- und Rentenpolitik. Sie erarbeitete die Grundkonzeption für die Beseitigung der Benachteiligungen der Bürger im Osten Deutschlands auf dem Gebiet der Rente. Sie formulierte die ersten Anträge der Fraktion der PDS zur willkürlichen Streichung der in der DDR rechtmäßig erworbenen Ansprüche bei der Überführung der Renten in das bundesdeutsche Rentensystem, so für die nach den Gesetzen der DDR rechtmäßig erworbenen Leistungsansprüche auf Sozialzuschläge für Blinde, die Pflege von Angehörigen, die besonders wichtigen Kinderzuschläge, die bei Hunderttausenden Frauen einen Rentenanspruch ab dem 60. Lebensjahr mit einer erträglichen Rentenhöhe sicherten.

Auch die freiwilligen Beiträge waren für viele Frauen wichtig zur Sicherung einer auskömmlichen Rente. Danach folgte der Antrag der PDS-Fraktion zur Überführung der Ansprüche aus Zusatzversicherungen in ein zeitweiliges System sui generis, mit dem eine gerechte Überleitung der Ansprüche aus Zusatzversicherungen erreicht worden wäre.

So fanden von Anfang an die berechtigten Ansprüche der DDR-Bürger in Anträgen, Stellungnahmen und Anfragen an die Bundesregierung ihren Niederschlag. Die konservative Mehrheit im Bundestag lehnte diese Initiativen jedoch regelmäßig ab.

1998 bis 2002 war Dr. Martina Bunge Ministerin für Soziales und Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Dort konnte sie die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Tätigkeit im Bundestag in die praktische Politik des Landes umsetzen.

Seit 2005 ist sie nun ununterbrochen gewähltes Mitglied des Bundestages. Sie war Vorsitzende des Gesundheitsausschusses in der 16. Legislaturperiode und zugleich Verantwortliche für alle offenen Fragen der Rentenüberleitung. Das waren zahlreiche Anträge gegen die Streichung von Ansprüchen aus *(Fortsetzung auf Seite 2)*

Geliebtes Leben muss anerkannt werden

Seite 3

Den Naziaufmarsch verhindern

Seite 6

Kunst im Dienst der Humanität

Seite 7

Brisante Themen

Seite 8

Der Vorstand tagte

In der Sitzung des GBM-Vorstandes am 22. November 2011 ging es um die Arbeit in den Ortsverbänden unserer Organisation. Ausgangspunkt dafür war die Beratung mit den Sprechern der Ortsverbände, die am 17. November in Berlin stattgefunden hatte („akzente“ berichtete) und deren Ergebnisse der stellvertretende Vorsitzende Karl-Heinz Wendt zusammenfasste. Weiter behandelte der Vorstand die Öffentlichkeitsarbeit unseres Verbandes. Die verantwortlichen Redakteure von „ICARUS“, Dr. Klaus-Georg Przyklenk, und der Mitgliederzeitung „akzente“, Prof. Dr. Gerhard Fischer, legten Erfahrungen und Probleme dar. Auch das Bestreben, Aktualität und Wirksamkeit des Internet-Auftritts der GBM weiter zu verbessern, kam zur Sprache.

Der Vorstand verabschiedete eine erste Konzeption für das Tribunal gegen Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik, traf Festlegungen für die Verleihung des Menschenrechtspreises am 10. Dezember und beriet über die Vergabe eines Friedenspreises 2012 sowie über die Mitarbeit an der Verwirklichung derzeitiger Aufgaben der Friedensbewegung. *-isc-*

*Der Vorstand der GBM wünscht für 2012
Gesundheit, Glück und Erfolg im Kampf um die weitere
Verwirklichung der Menschenrechte*

„Menschenrechte sind immer historisch konkret zu bewerten“

(Fortsetzung von Seite 1)

DDR-Tätigkeit bis 1990. In jeder Legislaturperiode reichte die PDS – dann die LINKE – eine Reihe von Anträgen ein, mit denen rechtmäßig erworbene Ansprüche aus der DDR-Zeit zu Rentenansprüchen im bundesdeutschen Rentensystem führen sollten.

Die Abgeordneten der anderen Fraktionen lehnten die Anträge ab. Das war die stereotype Handlung bei allen Initiativen der PDS. Allerdings bröckelt jetzt die Blockadefront, wenn auch sehr langsam. Bei den 19 Anträgen, die in der gegenwärtigen Legislaturperiode zu Rentenproblemen eingereicht wurden, war dies schon deutlich festzustellen. Bei solchen Anträgen wie z.B. für die Berücksichtigung von Studienzeiten und Aspirantur, der Angleichung des Rentenwertes Ost-West, einer Regelung für in der DDR-Zeit Geschiedene oder zur Pflege von Familienangehörigen wurden neben zahlreichen Stimmenenthaltungen auch einige Zustimmungen registriert.

Das sind nur einige Beispiele aus den umfangreichen, gut durchdachten und im Rahmen des Grundgesetzes der BRD möglichen Schritten, mit denen die Bürgerrechte bei der Überführung der Rentenansprüche von DDR-Bürgern eingefordert wurden. Trotz aller Zögerlichkeit und Ablehnungen im Parlament darf nicht unterschätzt werden, dass die Wirkung der Forderungen auf die anderen Fraktionen und Abgeordneten, zusammen mit den außerparlamentarischen Aktivitäten, auch dazu führte, dass viermal Beschränkungen aus dem Rentenstrafrecht reduziert werden mussten.

So haben mehr 100 000 Rentner Martina Bunge zu danken, dass sie eine höhere Rente erhielten, indem vorher bestehende Einschränkungen aufgehoben werden mussten.

Das war und ist ein gewichtiger Beitrag zur Beseitigung von Diskriminierungen und zugleich zur Gewährleistung des Menschenrechts auf soziale Sicherheit in der Bundesrepublik.

Aber der Kampf ist nicht zu Ende. Und immer wieder ergeben sich neue Möglichkeiten. Wir haben im 20. Jahr des Bestehens der GBM einen besonderen Anlass, bei der Verleihung des Menschenrechtspreises der GBM die soziale Problematik der BRD und des Einigungsprozesses Ost-West in den Mittelpunkt zu stellen, gibt uns das doch auch die Möglichkeit, die im Mai dieses Jahres vom Wirtschafts- und Sozialrat der UNO verabschiedeten Schlussbemerkungen zur Berichterstattung der BRD über die Verwirklichung des Sozialpakts, die auch vom Parallelbericht des Forums Menschenrechte und der GBM angeregt waren, als ein Ergebnis zwei Jahrzehnte langen gemeinsamen Ringens um soziale Rechte zu würdigen. Wir wissen auch um den gewichtigen politischen Beitrag von Dr. Martina Bunge für unseren eigenen Parallelbericht, der die parlamentarischen

Erfahrungen im Kampf um soziale Rechte in Forderungen von Menschenrechtsorganisationen ummünzen half. Der vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen geschaffene und unter seiner Ägide arbeitende Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat auf seiner 46. Tagung im Mai den 5. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der Verpflichtungen, die sich aus dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ergeben, sowie Parallelberichte von Nichtregierungsorganisationen erörtert und umfangreiche Abschließende Bemerkungen verabschiedet. Diese Bemerkungen heben zwar einige wenige Aspekte staatlichen Handelns der Bundesrepublik positiv hervor. Sie äußern jedoch überwiegend in mehr als dreißig Punkten oft tiefe Besorgnis und geben entsprechend weitreichende Empfehlungen. Sie fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, erforderliche Maßnahmen zur Angleichung der realen Lage an die sich aus dem Pakt ergebenden Erfordernisse zu ergreifen.

Die Endfassung der genannten Abschließenden Bemerkungen ist am 12. Juli 2011 im Internet veröffentlicht worden. Seitdem ist bereits ein halbes Jahr vergangen, ohne dass die Bundesregierung detailliert auf sie eingegangen wäre. Das fällt umso mehr ins Gewicht, als der UNAusschuss anmahnte, dass viele seiner früheren Empfehlungen zu dem dritten und vierten Staatenbericht der Bundesrepublik nicht umgesetzt wurden und nach wie vor aktuell sind und bleiben.

Hinzu kommt, dass vor dem Parlament zugleich neuartige Pflichten der Wahrnehmung seiner menschenrechtlichen Aufgaben sichtbar werden, wie unter den Bedingungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise die Entscheidungen von Parlament und Regierung sich auch spürbar negativ auf die Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Menschenrechten durch die Bevölkerung auswirken.

Es enttäuscht auch die nichtstaatlichen Organisationen und andere zivilgesellschaftliche Kräfte, die sich seit Jahren für die Menschenrechte in der Bundesrepublik einsetzen und an entsprechenden Parallelberichten arbeiteten, dass das Parlament ihren höheren Erwartungen bislang nicht gerecht wird. Man kann es auch der eigenen Zivilgesellschaft nicht zumuten, in dem Gefühl gelassen zu werden, dass ihre menschenrechtlichen Kritikpunkte und ihr menschenrechtliches Engagement weit größere Aufmerksamkeit und Anerkennung bei der UNO als bei der Regierung und dem Parlament ihres eigenen Landes finden. Umso erfreuter stellen wir fest, dass solche PolitikerInnen wie Dr. Martina Bunge verlässlich und entschieden den sozialen Kampf an der Seite der außerparlamentarischen Kräfte führen und gemäß dem Wesen einer linken Partei die

Vertretung der sozialen Interessen der Bevölkerung, wie auch in ihrem neuen Programm ersichtlich, im Parlament entschieden zum Ausdruck bringen.

Wir warten als GBM – wie das Forum Menschenrechte insgesamt – seit drei Jahren bislang vergeblich auf die Unterschrift und Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum wsk-Pakt und nutzen das Podium unserer heutigen Veranstaltung zu der dringenden Frage an den Bundestag, wie lange er noch der Minderachtung der wsk-Rechte das Wort reden will. Reichen Agenda 2010, die nach der Bundesrepublik nun auch noch den EU-Staaten mit Sozialrückbau, Lohn- und Rentenkürzungen als Beispiel dienen soll, reichen Hartz IV und die noch niedrigeren Sätze des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie die fortdauernden Diskriminierungen und die fortbestehende Ungleichbehandlung der Ostdeutschen nicht aus, reicht die immer weiter aufklaffende Schere zwischen arm und reich nicht aus, die bis zur unerträglich starken Abhängigkeit der Kinder vom Geldbeutel ihrer Eltern reicht, um die Menschenrechtsunwürdigkeit bundesdeutscher Sozialpolitik zu enthüllen?

Ganz zu schweigen davon, dass die gesamte Politik der Bundesregierung soziale Menschenrechte – im Innern wie nach außen – nicht zur Elle und zum Maß ihres Handelns gemacht hat. Wir erleben eine Bundeswehr, die z. B. durch ihre Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien mithalf, Sozialproteste niederzuschlagen, die entgegen der Kinderrechtskonvention – die das „strengstens“ verbietet – für Minderjährige Werbeveranstaltungen für das Militär durchführt. Und wir erleben nicht hinnehmbare Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten durch Anti-Terrorgesetze und juristische Repressionen gegen friedlich Protestierende bei Neonaziveranstaltungen – wir nehmen nur das Beispiel Dresden.

Wir können natürlich heute nur auf das direkte und bemerkenswerte politische Engagement von Dr. Martina Bunge in den letzten zwanzig Jahren eingehen. Aber das wird nicht genügen, um den gesamten geschichtlichen Rahmen auszufüllen, in dem ihr Engagement zu bewerten ist. Sie steht in einer großen Tradition des Kampfes um Menschenrechte in ihrer Universalität und Gleichberechtigung in der Geschichte. In den Prozess der Implosion der sozialistischen Staaten und im Sonderfall der Bundesrepublik brachten bei der Vereinigung von „Feuer und Wasser“, jenem geflügelten Wort Erich Honeckers bei seinem Besuch bei Helmut Kohl, beide Seiten ihr Vorverständnis von Menschenrechten ein. Das der Bundesrepublik war die Ungleichgewichtung von politischen Freiheitsrechten und sozialen Menschenrechten. Anders gesagt: die sozialen Menschenrechte galten im bürgerlichen Deutschland als minderwertigere oder nicht als eigentliche Menschenrechte. Das ist im großen Sinne ein Ergebnis der Klassenkämpfe seit den bür-

gerlichen Revolutionen, den amerikanischen Unabhängigkeitskriegen und der Großen Französischen Revolution, denen wir die beiden großen Menschenrechtserklärungen der Menschheit vor der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die UNO und nachfolgender Konventionen verdanken.

Die bürgerlichen Menschenrechte waren lange Zeit an die Rechte der Herrschenden und Besitzenden geknüpft, wie z. B. die notwendige Zählbarkeit beim Kampf um Abschaffung des Zensuswahlrechts und für das aktive und passive Frauenwahlrecht zeigt. Das Soziale hingegen war in der gesamten Menschenrechtsgeschichte mit der Situation der Armen, der Unterdrückten und Ausgebeuteten verbunden, mit dem Bewusstsein ihrer Lage, ihrem Protest und Widerstand, seien es Sklaven, Leibeigene, Arbeiter oder Verletzte am Rande der Gesellschaft

In der Zeit einer großen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, in der sich der Gegensatz zwischen arm und reich weltweit dramatisch zuspitzt, hat die Ehrung einer linken Sozialpolitikerin mit einem Menschenrechtspreis auch über die Bundesrepublik hinaus hohe Beachtung verdient. Denn gerade die soziale Sicherheit, das Soziale überhaupt, ist durch den globalen Rückbau der Sicherungssysteme in besonderem Maße betroffen. Über die Hälfte der Menschheit lebt bereits heute ohne einen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen. Armut, Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut gehören zu den größten globalen Risiken der Menschheit. Auch die Einwohner der sogenannten entwickelten Staaten sind betroffen.

Überall stehen Leistungskürzungen, massiver Druck auf Erwerbslose, Privatisierung von Risiken, von Renten, von Gesundheit, steht Umverteilung der Lasten von oben nach unten, Schwächung der Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft, der linken Opposition auf der Agenda der Regierungen. Alles zielt auf eine Gesellschaft ohne jede soziale Sicherheit. Das Solidarprinzip soll restlos durch ein gnadenloses Konkurrenzprinzip verdrängt werden.

Es bleibt zu befürchten, dass die aktuellen und die bevorstehenden Entwicklungen unser aller Anstrengungen noch stärker fordern könnten als in den vergangenen zwanzig Jahren. Über die dann noch viel engere Zusammenarbeit von parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften muss noch entschiedener nachgedacht werden und es ist dringend notwendig, sie praktisch weiter zu verstärken.

Menschenrechtspolitik hat beides miteinander zu verbinden: Kritik menschenrechtswidriger Zustände und praktische Hilfe. Dabei fanden wir enge MitstreiterInnen. Dr. Martina Bunge ist eine von ihnen, die ihre parlamentarischen Möglichkeiten, ihr ministerielles Staatsamt, ihre Partei beharrlich mit dem gro-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Gelebtes Leben muss anerkannt werden

Aus der Dankesrede von Dr. Martina Bunge
zur Auszeichnung mit dem Menschenrechtspreis der GBM

Der Menschenrechtspreis für den Einsatz gegen Diskriminierung von Ost gegenüber West und für das Engagement um Rentengerechtigkeit ist eine hohe Ehrung für mich. Herzlichen Dank! Ich nehme diesen Preis an, auch stellvertretend für all die Engagierten, die mit mir waren und sind.

Ich möchte diesen Dank jetzt nicht mit einem Vortrag über die Inhalte verbinden, die zur Herstellung der Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West nötig wären.

Sie alle, Ihr alle kennt die Problemfelder:

angefangen bei den Überführungslücken, die dadurch entstanden sind, dass DDR-typische, mit bundesdeutschen Verhältnissen nicht vergleichbare Sachverhalte einfach nach einer Übergangszeit bis 1995 nicht mehr anerkannt werden.

Bekanntermaßen gehören dazu:

- der Faktor 1,5 für Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens der DDR,
- die Situation der in der DDR Geschiedenen,
- die berufsbezogene Zuwendung für Ballettmitglieder,
- die Ansprüche der Bergleute der Braunkohleveredlung,
- Zeiten für die Pflege von Angehörigen, insbesondere auch von impfgeschädigten Kindern,
- Zeiten für mithelfende Familienangehörige, insbesondere von Handwerkern,
- Zeiten für zweite und vereinbart längere Bildungswege,
- Zeiten für ins Ausland mitgereiste oder von dort gekommene Partner,
- freiwillige Beiträge von drei bis neun Mark.

Ebenso dazu zählt das Versorgungsrecht, so zum Beispiel für die Angehörigen der wissenschaftlichen, pädagogischen, medizinischen, künstlerischen und technischen Intelligenz. Ihnen wurden durch die alleinige Überführung der Alterssicherungsansprüche der DDR in die gesetzliche Rente nach SGB VI große Teile der Ansprüche liquidiert.

- Leiterinnen und Leitern bestimmter Wirtschaftsbereiche,
- Beschäftigten des Staatsapparates, der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen,
- Angehörigen von Polizei, Armee und Zoll.
- Nicht zu vergessen die Beschäftigten von Bahn und Post.

Schließlich möchte ich nicht unerwähnt lassen den Missbrauch von Rentenrecht als politisches Strafrecht, der durch den direkten Eingriff in die Rentenformel geschieht. Die Wertneutralität des Rentenrechts ist wieder herzustellen.



Dr. Martina Bunge nimmt Glückwünsche zu ihrer Auszeichnung mit dem Menschenrechtspreis der GBM entgegen.
Fotos: Jens Schulze

Die Ankündigung der Preisverleihung jagte mir nicht nur diese Inhalte durch den Kopf. Sie war auch Anlass für mich, 20 Jahre vor meinem geistigen Auge Revue passieren zu lassen, und so möchte ich mit ein paar Episoden an diese Zeit erinnern, an die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Rentenunrecht.

Es begann eigentlich schon 1990 mit dem Rentenangleichungsgesetz, mit dem eine gerechte Angleichung des Systems Ost an West erfolgen sollte. Im Juni verabschiedete die letzte Volkskammer das 1. Rentenangleichungsgesetz; das geplante 2. RAG fiel der Dynamik des Einheitsprozesses zum Opfer. Schließlich musste ja über den Sommer der Einigungsvertrag „gestrickt“ werden.

Mit der Erarbeitung des Einigungsvertrages bekamen wir spätabends Berge von Papier auf den Schreibtisch, zu denen wir morgens den PDS-Abgeordneten der Volkskammer sagen sollten, wie diese Texte zu bewerten waren. Bis in diesen Sommer 1990 geht auch mein Kontakt zu Prof. Ernst Bienert zurück. Danke auch an ihn!

Es war eine anstrengende Zeit – neben den politischen Wirren... Aber sie brachte bzw. bringt mir bis heute auch einen Riesenvorteil: Ich weiß, warum wer was mit welchen Intentionen und Motivationen in die Dokumente gebracht hat. Und so tun mir heute manche Interpretationen regelrecht weh, denn die Absicht der heutigen Wertung bzw. des Weglassens von Satzteilen ist allzu durchsichtig! Mit dieser Zeit ist auch eine *erste Legende* verbunden: „Das hat doch alles die letzte Volkskammer so beschlossen und gewollt“, wird oft argumentiert.

Ja, das Rentenangleichungsgesetz hat die DDR-Systeme geschlossen und bestimmt, dass sie in der Rentenversicherung aufgehen sollen. Dies aber

so, dass alles Beitrags-Belegte anerkannt wird und darüber Hinausgehendes gekürzt werden kann. Maßstab sollte sein, dass „eine Besserstellung gegenüber vergleichbaren Ansprüchen und Anwartschaften aus anderen öffentlichen Versorgungssystemen nicht erfolgen darf“. (Einigungsvertrag, Anlage II, Kap. VIII, Sachgebiet H – Gesetzliche Rentenversicherung, Abschnitt III, 9.) Dieser letzte Satz aus dem zitierten Passus des Einigungsvertrages wird permanent weggelassen, womit das Versorgungsunrecht „begründet“ wird – und auch fast begründbar ist.

Oder aus dem Fakt, dass die Systeme geschlossen wurden und nur noch kurz weiter galten, wie bei den Balletttänzerinnen und -tänzern beispielsweise bis Ende 1991, wurde ihr ersatzloser Wegfall gefolgert – und auch entsprechend gehandelt. Selbst Lothar de Maizière, Unterzeichner des Einigungsvertrages, dementiert heute schriftlich gegenüber Monika Ehrhardt-Lakomy von der Interessengemeinschaft der ehemaligen Ballettmitglieder der DDR diese Intention und sagt klipp und klar: Die Zulage sollte nicht wegfallen, sondern bis zu dem genannten Datum sollte eine andere Lösung gefunden werden.

Soweit zur *ersten Legende*.

Kommen wir zurück zum geschichtlichen Ablauf: Am 3. Oktober 1990 der Tag der Einheit. Ein Vierteljahr später saß ich zum ersten Mal in Bonn an meinem Schreibtisch bei der Gruppe PDS/Linke Liste im Bundestag. Mein erster Auftrag: Die „Pille“ zur Verhütung ungewollter Schwangerschaften sollte weiter – wie in der DDR bisher üblich – unentgeltlich gewährt werden – Grund: der Bundeshaushalt musste neu aufgelegt werden. Ja, ich war zuständig für Gesundheit, Frauen, Kinder und Jugend, Wohnen, Soziales und Rente. Wir waren nur

eine kleine parlamentarische Vertretung, entsprechend klein war die Mitarbeiterschaft.

Im April 1991 kam der Entwurf des Rentenüberleitungsgesetzes auf den Tisch, der fortan nun einen größeren Teil meiner Zeit in Anspruch nahm. Denkwürdig für mich war die Anhörung vom 16./17. Mai. Dr. Fritz Rösel, der heute nicht mehr unter uns weilt, hatte sich als Sachverständiger für die PDS zur Verfügung gestellt. Das war durchaus nicht selbstverständlich. Und ich lernte bei der Anhörung einen kleinen „großen“ Mann kennen, den Verfassungsrechtler Prof. Axel Azzola. Er äußerte genau das, was ich meinem Fraktionsvorsitzenden, Dr. Gregor Gysi, gesagt hatte, dass beim Rentenüberleitungsgesetz, respektive Anwartschafts- und Anspruchsüberleitungsgesetz, sogar das Rentenrecht als Strafrecht missbraucht wird. Gregor Gysi glaubte mir nicht recht, dass es so schlimm sei und verlangte den Gesetzentwurf. Und dann traf ich in der Anhörung den Mann, der genau das sagte. Also fragte ich den Herrn Professor, ob er nicht mal in unsere Fraktion kommen könne, um meinem Chef zu bestätigen, was er mir nicht so recht abnimmt. So begann eine sich gegenseitig befruchtende Freundschaft, eine Ost-West-Hintergründe erleuchtende – auf gleicher Augenhöhe.

Nach der Anhörung wurde der Entwurf zum RÜG stundenlang im Ausschuss für Arbeit und Soziales behandelt. Ich erinnere mich an Horst Seehofer, damals Staatssekretär von Bundesminister Norbert Blüm, der den Stift geführt hatte für das Rentenüberleitungsgesetz.

Hierzu passt die *zweite Legende*: „Das RÜG ist so, weil die Wessis keine Ahnung hatten und nicht gewusst haben, wie es in der DDR geregelt war.“ Dazu sage ich ganz deutlich Nein!

Oft saß ich hinten in der zweiten Reihe und dachte im Stillen an Horst Seehofer gewandt: „Junge, ich musste in null Komma nix das ganze West-Recht lernen, aber du hast verdammt gut das Ost-Recht gelernt.“

Ja, was in diesem Gesetz steht, war politisch gewollt und wurde zumeist durch ostdeutsche Abgeordnete befördert. So erinnere ich mich, dass der Sozialexperte der SPD, Othmar Schreiner, oft bei Staatssekretär Seehofer nachfragte, wie dieses oder jenes denn in der DDR gewesen sei. Und dieser antwortete ganz korrekt. Woraufhin wieder der Abgeordnete Schreiner sich erkundigte, ob man denn das dann so, wie im RÜG geschehen, überleiten müsse. Das beantwortete Seehofer zumeist mit nein, dass das eine politische Entscheidung sei, ob es so oder so geregelt werde. Und dann pöchteln vor

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gelebtes Leben muss anerkannt werden

(Fortsetzung von Seite 3)

allein die Ostabgeordneten der Koalition, also von CDU und FDP, dass das so, wie im Entwurf geregelt, schon richtig sei, weil diese oder jene Personengruppe ja dem Staat nahe stand, ihn getragen hatte... Ein in diese Richtung vehement auftretender Abgeordneter „entpuppte“ sich dann als IM – Ironie der Geschichte...

Im Juni 1991 begann die Zeit des *außerparlamentarischen Widerstands*. Protest auf der Straße – eine Form: Zur Demonstration am 1. Juni war der gesamte Alex, damals war er noch groß und unzerteilt, voller zumeist älterer Menschen. Dann am 21. Juni die Verabschiedung des Gesetzes im Bonner Wasserwerk. Tags davor lief die Bonn-Berlin-Hauptstadtentscheidung bis in die Nacht. Ich beobachtete die Rentenüberleitungsdebatte vom frühen Morgen an vor der Tür zum Plenarsaal am Fernseher, denn im viel zu kleinen Wasserwerk war kein Platz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Viele waren vom Vortage mitgenommen, ich hätte keinen Restalkoholtest machen wollen...

Am 1. Januar 1992 trat das Rentenüberleitungsgesetz in Kraft. Als die Bescheide kamen, entflammte sofort der *zweite Weg* außerparlamentarischen Widerstands. Viele begaben sich über Widersprüche und Klagen auf den langen Weg der Sozialgerichtsbarkeit. Ich habe Hochachtung vor denen, die sich im hohen Alter so eine Tortur antaten und antun und danke all jenen, die diesen Weg, zum Beispiel als Rechtsanwälte oder Experten in den Verbänden, unterstützen. Voran das Rechtsanwaltsbüro Benno Bleiberg – von Mark Schippert, dem Ungestümen, mussten wir uns leider viel zu früh verabschieden.

Auch mit Briefen wandten sich viele Betroffene an die PDS-Fraktion. Einhalb Meter Briefpost standen am Ende in meinem Bonner Büro-Regal. Post, die ich zumeist an den Wochenenden bearbeitete, an denen ich in Bonn blieb. Diese Briefe waren nicht nur ein Hilfersuchen der Absenderinnen und Absender. Sie waren zugleich eine wahre Fundgrube, um eine Übersicht über die Vielfalt der Probleme zu bekommen, und damit eine wichtige Unterstützung für unsere parlamentarische Arbeit und die Arbeit der verschiedenen Betroffenengruppen. Diesen Gruppen sei an dieser Stelle gedankt! Oft wurden die Betroffenen zu Experten in eigener Sache und ich habe große Hilfe, gerade was die Details angeht, für unsere Alternativen von ihnen erfahren.

Für mich gehört es zum *Credo* der PDS und jetzt der Linken: Anträge sind so exakt wie möglich zu formulieren, damit sie in der Sache unangreifbar sind und man Angriffe darauf rasch als politische Verunglimpfung entlarven kann. Und so war es wichtig, jedes

Gerichtsurteil auszuwerten, um alle Gesichtspunkte zu kennen und mit Gegenargumenten entkräften zu können. All das musste in unseren Anträgen stehen... Ansonsten wären uns diese im Parlament um die Ohren gehauen worden. Ebenso den Betroffenen, wenn sie sich im alltäglichen Leben dahinter gestellt und zum Beispiel mit den Anträgen Abgeordnete anderer Fraktionen in deren Wahlkreisbüros aufgesucht haben – ein *dritter Weg* außerparlamentarischer Opposition.

Deshalb suchte ich den Kontakt zu den Expertinnen und Experten in den Verbänden, und da machte ich vorab keine Personalgespräche über deren Stellung und Funktion in der DDR. Wichtig war und ist für mich, welche Haltung der Betreffende zur eigenen Vergangenheit einnimmt und ob er Ahnung von Sozialrecht hat. Am besten ist die Zusammenarbeit mit jenen, die einen kritischen, selbstkritischen Umgang mit der DDR haben und gemeinsam für die Einhaltung des Rechts und die Achtung gelebten Lebens kämpfen.

Kritischer und selbstkritischer Umgang mit der DDR heißt nicht, diese zu verleugnen. Es heißt aber – gerade für mich als „gelernte“ Wissenschaftlerin –, sich mit Marx' Dialektik auf eine neue Ebene der Betrachtung zu stellen. Und da hat „Ostalgie“ keinen Platz.

Nun zurück zu den Alternativen zum Rentenüberleitungs- einschließlich Anwartschafts- und Anspruchsüberführungsgesetz (RÜG und AAÜG). In Bonner Zeiten, also von 1991 bis 1998, sind unter meiner Regie elf Anträge, Gesetzentwürfe und Entschließungsanträge entstanden.

1998 begann für mich in Mecklenburg-Vorpommern fast eine „neue Zeitrechnung“. In der ersten rot-roten Regierung wurde ich Sozialministerin, die erste meiner Partei, und mein nun schon alter Bekannter Axel Azzola wurde mein Staatssekretär.

Wir waren zuständig für Kinder, Jugend und Sport, Gesundheit, Pflege, Menschen mit Behinderungen, Soziales und Renten, Arbeitsschutz...

Da kam ich nicht als erstes auf die Idee, einen Antrag für den Bundesrat zur Abschaffung des Rentenunrechts Ost zu machen. Aber im Sozialministerium hab' ich natürlich gleich zu Beginn, als ich den ersten Antwortbrief in Sachen Rentenüberleitung auf dem Tisch hatte, den zuständigen Referenten kommen lassen, um ihn zu „briefen“. Denn sowohl die Post musste unseren Vorstellungen adäquat beantwortet werden als auch das Ministerium in Fachgremien auf Bundesebene von ihm würdig vertreten werden können.

Ein Antrag für den Bundesrat kam erst am 27. Juni 2002, und damit hängt eine Story zusammen. 2002 hatte ich einen neuen Staatssekretär, weil ich Axel Azzola zu Beginn des Jahres 2001 we-

gen Verschlechterung seines Gesundheitszustandes in den Ruhestand verabschieden musste. Dieser andere Staatssekretär vermochte aber nicht, den Antrag durch die Staatssekretärsrunde zu bringen, die jeweils montags die Kabinettsitzung vorbereitet hat. So bin ich am Dienstag ohne vorbereitendes Votum damit ins Kabinett. Das war außergewöhnlich und die Tragweite war mir nicht so recht klar (schließlich hatte ich nicht auf Ministerin „gelernt“). Aber die Füchse im Sozialministerium wussten: Wenn ich ohne Bestätigung des Antrages zurückkomme, bin ich als Ministerin erledigt. Und so haben Wohlwollende, wovon es nicht wenige im Sozialministerium gab, gezittert, während ich mich im Kabinett dafür einsetzte, dass die erste rot-rote Landesregierung im Bundesrat endlich ein Zeichen setzt, um Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen bei der Rentenüberleitung nicht länger hinzunehmen. Ich kam mit dem Antrag, bestätigt, zurück, ich musste also nicht meinen Hut nehmen. Allerdings waren die Begriffe „Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen“ dem Ministerpräsidenten Harald Ringstorff doch etwas zu deutlich. So hieß der Antrag dann „Schließung der verbliebenen Gerechtigkeitslücken“ bei der Überführung der DDR-Renten in bundesdeutsches Recht.

Erwartungsgemäß war die Debatte im Bundesrat am 17. Juli 2002 sehr ernüchternd. Die zuvor noch munter debattierenden Minister und Ministerpräsidenten nahmen bei diesem Thema demonstrativ die Zeitung zur Hand und manche auch vors Gesicht. Das war frustrierender als manch einfältige verbale Prügel, die wir heute im Bundestag en masse für unsere Anträge bekommen.

Im Jahr 2005, endlich als Fraktion Die Linke wieder im Bundestag, wurde ich Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit – ein Amt, das einen eigentlich voll ausfüllt. Deshalb gab es das Bemühen, die Rentenüberleitung dem rentenpolitischen Sprecher, damals Volker Schneider aus dem Saarland, zu überantworten. Bei mehr als einer Flasche Rotwein und mit einem Blatt Papier saßen wir bis spät in die Nacht zusammen – drei Männer, alle westsozialisiert – Klaus Ernst, der Gewerkschafter, Volker Schneider als Renten-Verantwortlicher und Jörn Wunderlich, Jurist, aber in seinem Wahlkreis Thüringen schon mit der Problematik konfrontiert – und ich erklärte ihnen die Probleme der Rentenüberleitung. Klaus Ernst, damals unser Arbeitskreisleiter, sagt mir am Morgen danach: „Nee, Martina, das ist ja so komplex, das musst du weitermachen.“ Und so ist die Rentenüberleitung Ost bis heute mein „Hobby“, neben der Verantwortung für die Gesundheits-, Pflege- und Behindertenpolitik. Eines ist mir wichtig, auch wenn es oft heißt, die Bundestagsfraktion der Lin-

ken streite sich nur: hinter diesem Vorhaben steht die Fraktion einstimmig – das ist auch dem persönlichen Engagement von Gregor Gysi zu verdanken.

Seit seinem Inkrafttreten ist das Rentenüberleitungsgesetz, insbesondere das AAÜG, viermal geändert worden: 1993, 1996, 2001 und 2005. Fast alle Änderungen wurden durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts erzwungen. Diese unerträgliche Situation, dass der Gesetzgeber immer höchststrichterlich gedrängt werden musste, wollte die Fraktion Die Linke endlich abändern. In zahlreichen Treffen mit Verbandsvertretern bereiteten wir das ganze Bündel von Problemen auf. Wolfgang Konschel, damals 75, half mir und führte viele Gespräche. Frau Dr. Stolzenburg kam wegen der Akademiker-Problematik sogar nach Wismar an meinen PC zu Hause. So entstanden die 17 Anträge in der 16. Wahlperiode. Das Finale für die Erstellung der Anträge war eine Klausur im heißen Juli 2007. Dr. Wolfgang Konschel, Dr. Rudi Schiller und ich – wir saßen drei Tage in meinem Büro und trugen die Ergebnisse zusammen. Prof. Wolfgang Edelmann als Jurist wollte, da gerade im Urlaub, hinterher die Ergebnisse ansehen. Doch da kam ein Anruf, der uns alle schockierte: Beim Nachtangeln wurde Wolfgang Edelmann von einem Herzinfarkt ereilt. Niemand, auch nicht seine Tochter am Strand – eine Ärztin – konnte ihm noch helfen. 2008 habe ich dann in Aurich in Ostfriesland auf dem jüdischen Friedhof Axel Azzola die letzte Ehre erwiesen.

Manchmal ist es schwer, weiterzumachen. Doch ich sehe und höre all die, die hier sind, die mir schreiben und Hoffnung in mich, in uns, Die Linke, setzen.

In jüngster Zeit muss ich mich immer wieder mit einer neuen Legende auseinandersetzen. Die *dritte Legende* besagt: „Es ist doch von den Sozialgerichten, vom Bundesverfassungsgericht alles ‚ausgeurteilt‘. Da ist doch nichts mehr zu machen.“

Diese Einschätzung kann ich nicht teilen. Mit unseren Anträgen haben wir in der vorigen Wahlperiode etliche Politikerinnen und Politiker der anderen Parteien zu dem Eingeständnis gebracht, dass Handlungsbedarf besteht. Das wurde auch deutlich, wenn Betroffene mit ihren Problemen in die Wahlkreisbüros gingen. Selbst die Kanzlerin schwafelte von einer Liste, die sie sich hat machen lassen wollen, um die „Altlasten“ der DDR in Sachen Rente endlich zu beseitigen.

Ich sage, das sind keine Altlasten, das sind Hausaufgaben, die bisher keine Bundesregierung erledigt hat!

Wenn die Gerichte feststellen, bestimmte Lösungen, beispielsweise die zum Systementscheid, seien nicht verfassungswidrig, dann setzen wir dem

(Fortsetzung auf Seite 5)

„Menschenrechte sind immer historisch konkret zu bewerten“

(Fortsetzung von Seite 2 u. Schluss)
Ben sozialpolitischen Anliegen der Wahrung der Menschenrechtsansprüche der Ostdeutschen im Einigungsprozess verband. Sie hat persönlich auch immer sehr große Anstrengungen unternommen, um eine enge Zusammenarbeit mit bürgernahen Netzwerken zu fördern. Man darf nicht vergessen: eine soziale Bewegung lebt vom Engagement vieler Menschen vor Ort – in der Gemeinde, im Wohngebiet, am Arbeitsplatz. Schon eine Erinnerung an die Anfänge unserer Zusammenarbeit macht sehr deutlich, wie sehr ihr die Nähe zu ihren Wählern und den Betroffenen am Herzen lag. Ein frühes Dokument der PDS-Gruppe im Bundestag bringt auf den Punkt, wofür Dr. Martina Bunge bis heute steht. Es ist ein kleiner Text nur, aus dem Juni 1991, aber er ist symptomatisch: Es ging um den Gesetzentwurf der Bundesregierung „Zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung“, längst als Rentenüberleitungsgesetz oder kurz RÜG bekannt. Im Entschließungsantrag 12/819 forderte die PDS-Gruppe die Bundesregierung auf, eine Arbeitsgruppe zu bilden mit dem Ziel eines neuen Rentengesetzes für die Bundesrepublik. Das gibt es bekanntlich bis heute nicht. Interessant ist, wie man sich die Arbeitsgruppe vorstellte: Ihr sollten nicht nur alle Parteien des Bundestages angehören (diese Selbstverständlichkeit musste eigens genannt werden, weil damals in Bonn die Ausgrenzung der PDS das Normale war). Ebenso sollten in dieser AG Vertreterinnen und Vertreter aus Bewegungen, Gewerkschaften und interessierten Verbänden einbezogen sein.

Die Zusammenarbeit mit Betroffenen – das ist für Dr. Martina Bunge wie ein ehernes Gesetz. „Sie wurden – oft durch

den langen Weg durch die Sozialgerichtsbarkeit – zu Fachleuten in eigener Sache“, schrieb sie, die Expertin, einmal.

Viele Mitglieder unserer Organisationen könnten über ihre Kontakte mit Dr. Martina Bunge berichten. So waren sie zum Beispiel bei der Anhörung zum Entwurf des Rentenüberleitungsgesetzes am 17. Mai 1991 in Bonn. Nach den aufreibenden Debatten, die kaum zu positiven Änderungen führten, gab es auf der Rückfahrt doch noch etwas zu feiern: den 40. Geburtstag von Martina Bunge, auf den sie mit Fritz Rösel, der nicht mehr unter uns weilt, und mit Rolf Naumann um Mitternacht anstieß – auf einem Parkplatz mit Miniflaschen. Sie selbst erinnert sich gern an den 1. Juni 1991. Da war der Alex in Berlin voller Menschen (mindestens 10 000). Sie alle wollten ihren Unmut über das RÜG, das kurz vor der Verabschiedung stand, loswerden und brachten ihre Forderungen für gerechte Lösungen vor. So viele Menschen sind heute nur noch sehr selten zu mobilisieren.

Von den Anträgen in den Anfangsjahren bis zu den berühmten 19 Anträgen zur Rentenüberleitung ist keiner ohne Kontakt mit Betroffenen entstanden. Da flossen Hinweise aus Briefen ein, die zahlreich ins Berliner Büro kamen; und da gab es intensive Gespräche. Immer wieder auch Nachfragen, wenn es um die Antragstexte ging. Von wann stammt diese oder jene DDR-Festlegung? Habt ihr das Dokument xy noch? Wie ist gerade die gängige Praxis der Rentenversicherung? Etliche hier im Raum erinnern sich intensiver Arbeitsrunden, bei denen Positionen wieder und wieder abgeklopft wurden, Formulierungen verworfen und neu geschrieben wurden, bis schließlich alles in eine Form kam, die den Experten Genüge tat und

von Nichtexperten verstanden werden konnte.

Ob Postler, Reichsbahner, Balletttänzerinnen, geschiedene Frauen, Bergleute, Krankenschwestern, Professorinnen oder Bundeswehrangehörige und andere Vertreter der bewaffneten Organe – oft nicht als einzelne, sondern durch ihre mächtigen Verbände wie BRH, VdK, Akademischer Ruhestandsverein, Volkssolidarität, OKV, ISOR, GRH, GBM, GMS – und viele andere – suchten und suchten den Rat von Martina Bunge und sind zugleich wichtige Impulsgeber. So ist sie häufig Gebende und Lernende zugleich. Wenn jemand etwas über das Wechselspiel von parlamentarischem und Außenparlamentarischem wissen möchte – besser als an diesen praktischen Beispielen kann es nicht demonstriert werden. Dr. Bunge legt immer Wert darauf, dass die Betroffenen jeweils auch die Probleme der anderen sehen und sich solidarisch verhalten. In den letzten Jahren hat sie mehrfach Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Verbände und Interessengruppen an einen Tisch gebracht,

auch Abgeordnete aus Ost und West. In einer ihrer Reden im Bundestag am 2. Dezember 2010 appellierte Martina Bunge an die übrigen Fraktionen, speziell an die regierenden: „Wir und die Betroffenen erwarten einfach nur die Anerkennung gelebten Lebens und die Gleichbehandlung von Berufsgruppen und Erwerbsbiografien in Ost und West.“ Für sie ist das eine Frage der Menschenwürde und des Menschenrechts. Ich überreiche Ihnen, liebe Frau Dr. Martina Bunge, im Namen der GBM dankbar und anerkennend den Menschenrechtspreis der GBM 2011 – eine würdige Skulptur des leider schon verstorbenen halleischen Künstlers Martin Wetzl, eine Bronze, die Mutter und Kind verkörpert, vielleicht das schönste Symbol für einen Menschenrechtspreis an eine so ausgewiesene Sozialpolitikerin. Wir danken Dr. Martina Bunge für wirkungsvolle Zusammenarbeit und parlamentarische Hilfe und wünschen ihr und damit auch uns Erfolg im gemeinsamen Ringen um die Beendigung der Diskriminierung – und das heißt um die Gleichstellung – der Ostrentner.

„Drei Frauen - drei Temperamente“

ist das Motto einer Ausstellung
zum Internationalen Frauentag 2012
in der GBM-Galerie, Weitlingstr. 89, Berlin-Lichtenberg.

Zu sehen sind Arbeiten von Susanne Kandt-Horn
(Malerei und Grafik), Waltraut Mai (Zeichnung und
Aquarell) und Gudrun Wetzl (Malerei).

Die von Dr. Peter Michel kuratierte Ausstellung
wird am 20. Januar 2012 um 17.00 Uhr
mit einer Laudatio von Dr. Siegfried Wege eröffnet.
Dazu wird herzlich eingeladen.

Die Ausstellung ist bis zum 16. März montags bis freitags von
10.00 bis 16.00 Uhr geöffnet.

Gelebtes Leben muss anerkannt werden

(Fortsetzung v. Seite 4 und Schluss)
unsere Auffassung entgegen, die da lautet: Der Gesetzgeber (das ist der Bundestag) kann, wenn er merkt, dass kein sozialer Frieden zwischen Ost und West herrscht, per Gesetz für eine andere, bessere Lösung sorgen, die dann ebenfalls verfassungsgemäß sein muss und kann. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode erneut ein Paket von Anträgen vorgelegt, dieses Mal insgesamt 19. Inzwischen haben sich auch Mix-Biografien ergeben: 20 Jahre Berufstätigkeit in der DDR, 20 Jahre in der Bundesrepublik und beide Zeiten mit Nachteilen verbunden. Wir wollen nicht mehr, aber auch nicht weniger – einfach nur, dass gelebtes Leben in der Altersversorgung anerkannt wird. Damit das auch wirklich geschieht, müssen wir alle mächtig aufpassen. Erstmals ist in der nächsten Woche, am 16. Dezember, die SPD-Fraktion

Auslöser für eine Debatte zur Rentenüberleitung. Sie fordert ein Rentenüberleitungsabschlussgesetz mit einem Härtefallfonds. Sie will also, dass Betroffene nicht mehr beim Grundsicherungsamt anklopfen müssen. Das ist eine Geste, aber sie stellt keine soziale Gerechtigkeit für die Vielzahl der Betroffenen her. Deshalb haben wir als Linksfraktion einen neuen Antrag dazu gelegt, mit dem wir eine wirkliche Korrektur und damit eine Lösung der Probleme verlangen. Wir merken immer wieder: Trotz flotter Sprüche und Überschriften – wie auf ihrem jüngsten Parteitag – braucht die SPD Druck von links. Dafür stehen wir, dafür stehe ich.

Und wie bekannt, stehen wir damit nicht allein in der Welt. Bereits am 2. Dezember 1998 hat der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen bei der Behandlung des Berichts

zur Einhaltung der Menschenrechte den Vertragsstaat Bundesrepublik Deutschland aufgefordert, „als einen Akt nationaler Versöhnung zu sichern, dass den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, Fachleuten und Wissenschaftlern, die dem alten Regime der ehemaligen DDR verbunden waren, Entschädigung gewährt wird, sowie zu sichern, dass solche Entschädigung sowohl adäquat als auch fair ist, um so viele wie möglich von ihnen in den Hauptstrom des Lebens in Deutschland einzubeziehen und/oder ihnen eine faire Kompensation oder, soweit angebracht, angemessene Rentenregelungen anzubieten“.

Einen ähnlichen Duktus haben die kritischen Schlussbemerkungen der UNO vom Mai dieses Jahres zur Berichterstattung Deutschlands über die Verwirklichung des Sozialpaktes, angeregt auch durch eure Parallelberichte. Grund genug, dass wir der Bun-

desregierung diesbezüglich mit einer Großen Anfrage auf den Zahn fühlen und nicht locker lassen werden.

Das alles ist mir hier und heute Grund genug zu versichern: Dieser Menschenrechtspreis wird mir Stimulation sein, nicht nachzulassen – vor allem im Interesse derjenigen, die teilweise in Altersarmut leben bzw. sich gedemütigt fühlen. Ich will mit Euch, mit Ihnen weiter dafür kämpfen, dass endlich Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West hergestellt wird. Das, denke ich, ist auch ganz im Sinne derer, die heute nicht mehr unter uns weilen. Und ich freue mich, dass wir bei der Rentenüberleitung einen Prototyp des Zusammenwirkens von parlamentarischer und außenparlamentarischer Opposition geschaffen haben; ich bin froh, dass wir Alten oder Altgewordenen hierin den Jungen etwas vormachen können.

Aller guten Dinge sind drei!

BLOCK DRESDEN 2012 – Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist

In den vergangenen zwei Jahren ist uns Letztes gelungen, das viele für unmöglich gehalten hatten: Wir haben den Naziaufmarsch in Dresden erfolgreich blockiert. Tausende Nazis konnten ihr eigentliches Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen.

Mit dem Aufmarsch im Februar versuchten sie in den vergangenen Jahren, an das Gedenken an die Bombardierungen Dresdens im Februar 1945 und den damit einhergehenden Mythos der „unschuldigen Stadt Dresden“ anzuknüpfen. Auch durch Ignorieren und Wegschauen seitens der Stadtverwaltung und eine mangelnde Entschlossenheit großer Teile der Dresdner Zivilgesellschaft konnte dieser Termin zu Europas größtem Naziaufmarsch mit bis zu 7000 Teilnehmenden werden. Doch die Dynamik der Aufmärsche ist gebrochen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem entschlossenen Handeln von zwölf-tausend (2010) und zwanzigtausend Menschen (2011), die mit Massenblo-

ckaden den Marsch der Nazis verhinderten.

Wir wenden uns gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus. Alten und neuen Nazis darf keine Gelegenheit gegeben werden, die deutsche Geschichte zu verklären und die NS-Verbrechen zu verherrlichen. Daher werden wir am 13. Februar 2012 den „Täterspuren“-Mahn-gang durchführen, um an die NS-Geschichte in Dresden zu erinnern.

„Sagen, was man tut, und tun, was man sagt“ – durch dieses Motto war unser Handeln der letzten Jahre geprägt. Dabei bleibt es! Uns eint das Ziel, den Naziaufmarsch durch Massenblockaden zu verhindern. Unser Ziel ist dabei nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei. Wir sind entschlossen, den Naziaufmarsch zu blockieren – von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

„Unsere Vielfalt ist unsere Stärke“ – das war unser Credo der letzten Jahre. Dabei bleibt es! Mit einem breiten Bünd-

nis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden, religiösen Gruppen sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen haben wir deutlich gemacht: Blockaden sind legitim, und Dresden geht uns alle an!

AntifaschistInnen wurden in den letzten Monaten vermehrt mit staatlichen Repressionen überzogen. Rechtswidrige Funkzellenabfragen, politisch motivierte Strafverfahren, selbst Immunitätsaufhebungen werden uns nicht einschüchtern. Versuchen von außen, uns mittels der Extremismustheorie zu spalten, setzen wir unsere Solidarität entgegen. Wir lassen uns nicht spalten. Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, unsere Blockaden sind legitim!

Lassen wir uns nicht einschüchtern! Wir protestieren im Februar in Dresden auch gegen die staatliche Aushöhlung des Versammlungsrechts und einen Schnüffel-Staat. In Dresden soll bewusst das Rechtsordnungsprinzip der Verhältnismäßigkeit verschoben

werden, um einen „gläsernen Demonstranten“ zu schaffen. Wir treten dem entschieden entgegen. Dabei stehen wir zusammen gegen alle Versuche der Einschüchterung und der Beschneidung unserer Bürgerrechte.

Auch 2012 werden wir den Naziaufmarsch in Dresden blockieren. Die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Nazis zeigt einmal mehr, wie wichtig entschlossenes antifaschistisches Handeln ist. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert, sondern muss unterstützt werden. Jahrelang sind Anschläge, Nazigewalt und Waffenfunde in der Naziszene bagatellisiert worden. Schluss damit!

Wir geben den Nazis keinen Meter Straße preis. Wir blockieren sie in Dresden: bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Bündnis Dresden-nazifrei 2012
www.dresden-nazifrei.com

Wer steht hinter dem Aufruf „Dresden nazifrei“?

Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“ entstand im Oktober 2009. Damals organisierte das aus zahlreichen Antifa-Gruppen bestehende *No Pasaran!-Bündnis* eine Aktionskonferenz in Dresden. Ziel war es, noch mehr Initiativen für die Mobilisierung zu Massenblockaden gegen Europas größten Naziaufmarsch zu gewinnen.

Im Februar 2010 gelang es durch die Beteiligung von über 12 000 Menschen aus unterschiedlichen Spektren des gesellschaftlichen Lebens der gesamten Bundesrepublik, den vom Staat unter scheinheiligen Demokratievorwänden geschützten Aufmarsch der Neonazis erstmals insgesamt zu verhindern.

Im Februar 2011 schafften es über 20 000 Menschen, die Demonstrationsstrecke der Nazis trotz eines massiven und brutalen Einsatzes der Polizei nachhaltig zu blockieren, so dass deren erklärte Absichten, die Zerstörung Dresdens durch anglo-amerikanische Bomber im Februar 1945 für ihre faschistischen und chauvinistischen Ziele zu missbrauchen, verhindert wurden. Auch so manches GBM-Mitglied kann sich daran erinnern und weiß, was dieser Blockadetag für jeden Einzelnen bedeutet hat. Ein bitterer Beigeschmack blieb. Im Nachgang der erfolgreichen Blockaden ermittelte die Staatsanwaltschaft bis zum heutigen Tag mit zum Teil rechtswidrigen Methoden gegen BlockiererInnen und AktivistInnen. Doch das Ziel, die einheitliche Front des antifaschistischen Widerstands zu spalten, wurde nicht erreicht. Im Gegenteil,

im Angesicht des Skandals um mordende Neonazis, die in Sachsen ungestört leben konnten, stärkten neue Verbündete das Bündnis und den Opfern staatlicher Willkür schlug eine große Welle allseitiger Solidarität entgegen. An der Vorbereitung der vielfältigen politischen und organisatorischen Aufgaben, die zu meistern sind, um sich den Nazis auch im Februar 2012 wirkungsvoll in den Weg zu stellen, sind viele Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Parteien, Jugend- und Studierendenverbände, Initiativen und engagierte Einzelpersonen aktiv beteiligt.

Unter anderem sind im Bündnis vertreten: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF), Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR), Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Runder Tisch Jena, Kein Bock auf Nazis, VVN/BdA, Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), Attac Deutschland, Bündnis gegen Rechtsextremismus Weimar, Aktionsnetzwerk Jena, Partei DIE LINKE, linksjugend [solid] / SDS, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÜNE JUGEND, Piratenpartei, Interventionistische Linke, Antifabündnis „No Pasaran“, Avanti – Projekt Undogmatische Linke, FelS – Für eine linke Strömung, Radikale Linke Nürnberg, Antifaschistische Linke Berlin [ALB], Juri Jena, Deutsche Kommunistische Partei (DKP), TOP Berlin, StuRa HTW Dresden, StuRa TU Dresden, Raddix Dresden, Undogmatische radikale Antifa (URA), Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden

(KAD), Die Falken, Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Naturfreundejugend Deutschlands, PAX Christi, Speak-Netzwerk, DGB Jugend, Junge NGG, IG-BCE-Jugend, Junge IGM, EVG Jugend, Junge IG BAU, Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), ver.di-Jugend, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Gesellschaft zum

Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), Förderverein Jugendbegegnung in Theresienstadt e.V. Dresden, MLPD Landesverband Elbe-Saale, SN, SA, TH, Anti-Nazi-Koordination Frankfurt/Main, Kommunistische Initiative ... [128 Organisationen, Verbände und Gruppen mit Stand vom 20.12.2011].

GBM zur Wahlbeobachtung

Zum wiederholten Male wurde ich als Vertreter der GBM von der „Föderation für Frieden und Verständigung“ der Russischen Föderation (RF) eingeladen, in einer Wahlbeobachtungsgruppe mitzuwirken.

Im Dezember 2011 ging es um die Präsidentschaftswahlen in der Moldawischen Dnester Republik. Diese Republik ist zwar seit 1992 unabhängig (von Moldawien), jedoch bisher von keinem Staat völkerrechtlich anerkannt. Sie wird von der Russischen Föderation wirtschaftlich und politisch unterstützt. Der Beobachtergruppe gehörten neben Vertretern der RF und der GUS-Staaten Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher nichtstaatlicher Organisationen aus Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Litauen, Polen, der Slowakei, Tschechien und den USA an.

Die Gruppe war bei der Zentralen Wahlkommission des Landes akkreditiert und hatte Gelegenheit, über alle Regionen des Landes verteilt, ungehindert den Wahlverlauf bis hin zur Stimmaus-

zählung zu beobachten. Abgesehen von manchen organisatorischen Mängeln der Arbeit in den Wahllokalen konnten keine Verstöße gegen die geltende Wahlordnung festgestellt werden. Die Wahlen waren auf Grund der über 50%igen Beteiligung gültig. Entsprechend dem Wahlergebnis ist eine Stichwahl erforderlich geworden.

Die Teilnahme eines Vertreters der GBM an derartigen Wahlbeobachtungsmissionen der „Föderation für Frieden und Verständigung“ wird von unseren Partnern sowohl in Russland als auch im Europäischen Friedensforum als sichtbarer Beitrag der Friedensarbeit gewürdigt.

Neben der Wahlbeobachtung fand ein freundschaftlicher Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen der GBM und der Föderation für Frieden und Verständigung statt, der zur Vertiefung des beiderseitigen Verständnisses für die Schwerpunkte beider Organisationen in der Friedensarbeit beiträgt.

Karl-Heinz Wendt

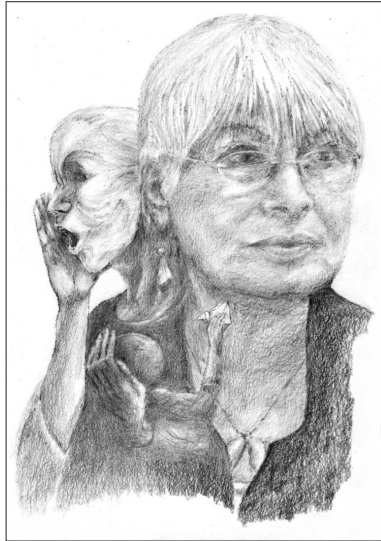
Kunst im Dienst der Humanität

Ausstellung mit Arbeiten von Heidrun Hegewald in Eisenhüttenstadt

Am 17. Dezember 2011 zog es Heidrun Hegewalds Freunde, Weggefährten, Verehrer ihrer Kunst in die Galerie des Städtischen Museums Eisenhüttenstadt. Eine beeindruckende retrospektive Ausstellung von Gemälden und Zeichnungen. Ein Überblick über das jahrzehntelange Schaffen der nun 75-jährigen Künstlerin und Realistin Heidrun Hegewald. Ihre dunkel und schattig gehaltenen Bilder wirken ehrfurchtgebietend, zeugen von der Teilnahme am Menschenschicksal im Dienst der Humanität. Unter diesem Eindruck müssen wohl alle Besucher und Gäste gestanden haben. So auch die Bürgermeisterin von Eisenhüttenstadt, Dagmar Püschel, die uns wärmstens begrüßte und ihre Freude bekundete, die Ausstellung in ihrer Stadt zu haben. Zu Ehren der großartigen Künstlerin waren ferner erschienen: Dr. Elona Weser, stellv. Landrätin des Landkreises Oder Spree, Direktorin des Kunstarchivs Beeskow, der Bürgermeister der Stadt Beeskow, Frank Steffen, der Direktor der Burg Beeskow, Tilman Schladebach und der Direktor des Museums, Hartmut Preuß. Dr. Peter Michel würdigte in seiner Eröffnungsrede die Werke der Malerin, Grafikerin, Zeichnerin und Schriftstellerin Heidrun Hegewald in der Reihe von Willi Sitte und Walter Womacka, der mit dieser Stadt besonders verbunden war. Drei Künstler, die das Streben nach einer menschengerechten Welt vereint. Sie alle erhielten für ihr Lebenswerk den Menschenrechtspreis der GBM. Michel lobte besonders die verdienstvolle Arbeit, die in der Eisenhüttenstädtischen Galerie geleistet wird, um das geistig-künstlerische Erbe, vor allem ostdeutscher Künstler, zu würdigen. Jetzt Heidrun

Hegewald, deren Schöpfungen uns am Herzen liegen. Sie zeigt Werke aus der langen Zeitspanne von 1980 bis heute: „Den Bildern Heidrun Hegewalds ist mit Worten schwer beizukommen. Sie sind nicht kontemplativ; von ihnen geht keine Beruhigung aus; sie wollen nicht besänftigen; sie regen auf. Es ist eine gewaltige geistig-künstlerische und nicht zuletzt emanzipatorische Leistung, die das hervorbrachte und die heute, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, die solchem Streben feindlich gegenüberstehen, nicht hoch genug zu bewerten ist.“

Auch die sprachliche und philosophische Begabung der Malerin Heidrun Hegewald hob Peter Michel hervor: Sie nannte eine Radierung und ein Schabblatt, die in der Galerie zu sehen sind, *Die Ungeheuer gebieten der Vernunft Schlaf* und kommt so zu einer ganz zeitgemäßen Kritik. Hier heißt es auch, über Hegewalds Cassandra-Rufe zu sprechen. Immer wieder spielt das Schicksal dieser Mahnerin in ihrem Werk eine Rolle. Cassandra, deren Warnungen nicht geglaubt wurden, war in den Künsten der DDR, u. a. bei der kürzlich verstorbenen Christa Wolf, stets präsent. Heidrun Hegewald schuf mit ihrem großartigen Gemälde *Kassandra sieht ein Schlangenei* schon



Heidrun Hegewald – eine *Kassandra im Dienste der Humanität*
Zeichnung: Ernst Jäger

1981 ein bildnerisches Gleichnis über aufkommenden und immanenten Faschismus. In der Ausstellung begegnet uns auch *Kassandras letzte Weissagung* von 2006.

Wir finden auch Gleichnisse in wiederkehrenden Themenkreisen, wie die sagenumwobene Figur des Ikarus, der seinen linken Flügel in Sicherheit bringt, die *Irritierten Schutzengel* und

das kaum in der Öffentlichkeit gezeigte großformatige Gemälde *Entropie, Sisyphos im Schoß*, das hier zu sehen ist. Dieses Werk stellt ein riesiges Ozonloch dar, eine wachsende Gefahr einer von Menschen verursachten Klimakatastrophe. Hegewald warnt uns: Es hängt von uns ab, ob unsere Welt bewohnbar bleibt.

Peter Michel resümierte: „Heidrun Hegewald geht mit ihrer Kunst gegen das schlimmste Laster an: die Trägheit des Herzens.“

Eines der beklemmenden Blätter dieser Ausstellung, eine Kohlezeichnung, trägt den Titel *Freiheit, das deutsche Schindluder*, die Personifizierung der Freiheit als gequälte Frauengestalt, der man hinterrücks das Herz aus dem Leib reißt. Jeder von uns wird sehr konkrete Assoziationen damit verbinden. Heidrun Hegewald hat in ihrem Buch *Frau K. – Die zwei Arten zu erleichen* darauf hingewiesen, dass die Menschen

trotz aller Medienmanipulationen doch immer noch das Bedürfnis haben, das zu erkennen, was sie durchleben, und dass realistische Kunst einen unverzichtbaren Beitrag dazu leisten kann. Freiheit ist immer konkret. Das wissen wir aus eigener Erfahrung. Sie ist heute, wie die Künstlerin schreibt, *ein unverbesserliches Abstraktum. Und ein poetisches Schindluder dazu*. Die Diktatur des Geldes wird mit diesem Abstraktum zugedeckt.

Diese Kunst ist anschauliches Denken; erwartet wird, dass der Betrachter solche Herausforderung annimmt und sie nicht, wie es heute immer noch geschieht, als *literarisch* abwertet. Wir bewundern, liebe Heidrun, Deine Energie und Deine schier unerschöpfliche Kraft. Du kannst nicht schweigen zu dem, was in der Welt Menschlichkeit behindert. *Nichts*, schreibt Anatol France, *vermag den Geist so aufzuwecken wie ein großer Schmerz*. Darin, denke ich, liegt das Geheimnis der Wirkungskraft Deiner Bilder.

In Heidrun Hegewalds Dankesworten vernahmen wir Ergriffenheit und Wärme. Emotionen auf beiden Seiten. Für Heidrun ein Glückstag: umgeben von engsten Freunden, ein Haus voller Besucher. Dann verkündete die Künstlerin, dass sie ihren Nachlass als Schenkung an die Stadt Beeskow übergeben wird. Der Bürgermeister von Beeskow erklärte die Bereitschaft, das künstlerische Erbe von Heidrun Hegewald zu übernehmen. Langanhaltender lebhafter Beifall. Gratulationsaufmarsch. Persönliche Gespräche. Eine Ausstellung von Bedeutung. Eine würdige Veranstaltung umrahmt mit der Musik von Andreas Reuter (Klavier) ging zu Ende.

Danke, Heidrun!

Ernst Jäger

Wir gratulieren!

Wir beglückwünschen alle Geburtstagskinder des Monats Januar 2012. Besonders herzlich grüßen wir

zum 94. Geburtstag

Erna Reiche, Neuhausen/Spree

zum 92. Geburtstag

Helmut Kindler, Zwenkau

zum 91. Geburtstag

Gertrud Linke, Berlin

zum 90. Geburtstag

Gertrud Kunze, Magdeburg
Gerhard Liefänder, Berlin
Anneliese Schulz, Berlin
Pipina Wittig, Kauern

zum 89. Geburtstag

Anni Dörmer, Berlin
Ursula Enderle, Berlin
Kurt Wendt, Berlin

zum 88. Geburtstag

Annemarie Batram, Siegenburg
Georg Förster, Berlin
Marianne Glaser-Goßens, Berlin

Rudi Heibold, Berlin

Gertraut Kirchner, Berlin
Kurt Lange, Berlin

Werner Schlechtendahl, Schwerin
Witta Vogel, Berlin

zum 87. Geburtstag

Ursula Balzer, Berlin
Waltraud Böhme, Berlin
Karl Laue, Herzberg
Prof. Dr. Sonja Mebel, Berlin
Heinz Müller, Dessau
Klaus Schubert, Rangsdorf
Paul Wilpert, Berlin

zum 86. Geburtstag

Ilsetraut Busse, Berlin
Helmut Heberling, Halle
Erika Hofmann, Berlin
Ilona Jechow, Berlin
Prof. Dr. Hermann Klenner, Berlin
Gisela Metschke, Dresden
Hermann Müller,
Lutherstadt Wittenberg

Manfred Raupach, Chemnitz

Armin Seeling, Löbnitz-Affalter
Käthe Streng, Berlin

zum 85. Geburtstag

Alfred Abel, Niesky
Hans-Werner Gehlmann, Berlin
Gerda Herbst, Schwerin
Dora Heyden, Berlin
Norbert Jaeschke, Berlin
Ursula Leder, Dresden
Werner Matthey, Jena
Volker Mücke, Berlin
Erich Preisler, Berlin
Günter Sahn, Erfurt
Horst Schütze, Berlin
Oskar Schiller, Berlin
Hannelore Sonntag, Berlin
Gisela Viellard, Berlin
Dr. Friedrich Wonsack, Bernau

zum 80. Geburtstag

Dr. Martin Dressel, Berlin
Dr. Heinz Drewitz, Berlin

Hans-Eberhard Fuhrmann, Berlin

Heinz Gogolin, Görlitz
Wolfgang Heinicke, Gera
Günter Kulm, Dortmund-Mengede
Bernhard Neugebauer, Berlin
Dr. Gotthard Neumann, Berlin
Rudolf Rennert, Berlin
Käthe Schmidt, Berlin
Ingeborg Schöne, Berlin
Ingrid Stolte, Berlin
Herta Töpfer, Berlin
Gerhard Tressel, Halle

zum 75. Geburtstag

Doris Barth, Berlin
Rosemarie Ebner-Heinrich, Berlin
Hannelore Görlich, Berlin
Gerda Jahn, Berlin
Eva-Maria Kutz, Güstrow
Siegfried Schott, Altkalen
Gisela Schulze, Berlin

Herausgeber:
**Bundesvorstand der
 Gesellschaft zum Schutz
 von Bürgerrecht und
 Menschenwürde e. V.,
 Weitlingstraße 89,
 10317 Berlin**

Tel.: 030/5 57 83 97
 Fax: 030/5 55 63 55
 e-mail: gbmev@t-online.de
 website: www.gbmev.de

Bankverbindung:
 Berliner Sparkasse,
 BLZ 100 500 00,
 Kto. Nr. 0013 192 736

Geschäftszeiten:
 Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
 Fr. 9.00–12.00 Uhr

Rentensprechstunden:
 am ersten Mittwoch des Mo-
 nats nach telefonischer An-
 meldung in der Geschäfts-
 stelle; auf gleichem Wege kön-
 nen auch andere Termine ver-
 einbart werden.

V. i. S. d. P.:
 Prof. Dr. Gerhard Fischer
 Layout: Helmut W. Busch

Erscheint monatlich im
 GNN-Verlag, Badeweg 1,
 04435 Schkeuditz

Für den Inhalt namentlich ge-
 zeichneter Beiträge sind die
 Autoren verantwortlich.

Herausgeber und Redaktion
 haften nicht für unange-
 forderte eingesandte Manu-
 skripte. Sie behalten sich
 das Recht vor, über den Ab-
 druck eingesandter Beiträge
 zu entscheiden und zum Ab-
 druck kommende Beiträge zu
 kürzen.

Die „akzente“ dienen dem
 Gedankenaustausch der Mit-
 glieder und Ortsverbände.
 Artikel können bei Behörden
 nicht als rechtsverbindliche
 Auskunft benutzt werden.

Redaktionschluss: 05.01.2012
 Redaktionschluss der nächs-
 ten Ausgabe: 22.02.2012

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Bretschneider, Elisabeth	Chemnitz
Dehler, Anneliese	Berlin
Durak, Günter	Berlin
Durand, Wilfried	Unterwellenborn
Goldenbogen, Paul	Neubrandenburg
Grasowski, Hans-Joachim	Berlin
Isberner, Liane	Schöneiche
Kiesler, Bruno	Berlin
Klopfer, Heinz	Bernau b. Berlin
Krumpfert, Werner	Freiberg
Machacek, Ernst	Berlin
Milke, Harry	Berlin
Naß, Kurt	Halle
Schepler, Günther	Schwerin
Sonntag, Hannelore	Berlin
Tschök, Heinz	Flöha
Unger, Horst	Rudolstadt/Schwarza

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Zu gleich zwei brisanten Ver-
 anstaltungen hatte zum Jahres-
 ende 2011 der Ortsverband der
 GBM Potsdam im Zusammen-
 wirken mit weiteren Interessen-
 gruppen eingeladen.

Die Buchautoren Rainer Rupp,
 Klaus Eichner und Karl Reh-
 baum waren wie ein Magnet.
 Keiner der mehr als 50 Stühle
 im Veranstaltungsraum im Haus
 der Linken in der Alleestraße
 blieb unbesetzt. Alle drei Auto-
 ren des Buches „Militärspiona-
 ge“, das sich mit der Entlarvung
 der NATO als Kriegsbandnis
 befasst, beließen es nicht bei der
 Lesung einiger Buchtexte, son-
 dern unterlegten diese in der an-
 schließenden Diskussion mit
 persönlichen Einblicken und
 Erfahrungen und mit der histo-
 rischen Einordnung anhand be-
 legbarer Dokumente. Viele im
 Saal bekamen zum ersten Mal
 einen tieferen Einblick in das
 Leben des DDR-Kundschafters
 Rainer Rupp. Sein hohes Wis-
 sen, sein Mut und sein unab-
 dingbarer Wille, etwas für den
 Erhalt des Friedens zu tun, be-
 eindruckten und riefen Hoch-
 achtung hervor. Der abschlie-
 ßende Beifall war mehr als ein
 bloßes Dankesbekenntnis.

Wenige Tage später unter-
 nahm Dr. Norbert Podewin

Brisante Themen

einen Exkurs in die Zeit un-
 mittelbar nach Kriegsende,
 als es darum ging, die Kräfte
 von KPD und SPD zu bün-
 deln und zu vereinen, damit
 Deutschland nie wieder zu
 einem Brandherd werde. An-
 hand der unterschiedlichen poli-
 tischen und wirtschaftlichen
 Entwicklung des in vier Sek-
 toren zersplitterten Berlin do-
 kumentierte er, wie bereits
 1945 und in Vorbereitung auf
 die Wahlen 1946 dieses Ziel im
 westlichen Teil durch die alli-
 ierten Mächte torpediert wurde.
 Das setzte sich dann bis zur Teil-
 ung Deutschlands mit den be-
 kannten weiteren Folgen fort.
 Als Beleg für die fundierten
 Ausführungen des Historikers
 dienten auch zahlreiche Doku-
 mente, Gesetze und Broschüren
 aus damaligen westdeutschen
 Verlagen, die er zur Einsicht
 ausgelegt hatte. In mühsamer
 Rechercharbeit gelang es ihm
 im Verbund mit anderen,
 in Archiven und anderen Quel-
 len Fundstücke aus der Zeit un-
 mittelbar nach dem Krieg, die
 das Wiederingangsetzen des
 täglichen Lebens betreffen, si-
 cherzustellen, auszuwerten und
 in Relation zu den Handlungen

der vier Besatzungsmächte zu
 stellen. Ein breiter Raum wird
 dabei der Entwicklung des poli-
 tischen Lebens und dem Bestre-
 ben zur Vereinigung der beiden
 Arbeiterparteien gewidmet. Wa-
 rum das letztendlich nur in der
 sowjetischen Besatzungszone
 gelang, wird dokumentarisch
 belegt.

Der Referent ging dabei unter
 anderem auf die demagogische
 Rolle Kurt Schumachers ein, der
 vehement auf Konfrontation zu
 den Einheitsbestrebungen ging.
 So wurde die Chance vertan,
 eine geschichtliche Lehre zu
 ziehen und den Bruderkampf
 zwischen den Arbeiterparteien

ein für allemal zu beenden. An-
 hand vieler Fakten, die bis in
 die heutige Zeit reichen, wur-
 den die zumeist üblen Machen-
 schaften der BRD gegenüber
 der DDR dokumentiert.

In vielfacher Weise hat Norbert
 Podewin seine Untersuchungen
 zu dieser Thematik publiziert.
 Es lohnt sich, seine Bücher und
 Broschüren zur Hand zu neh-
 men; sie sind gute Lehrmeister
 nicht nur zum Thema „Verein-
 gung oder Vereinnahmung“ und
 münden in dem Fazit: Wir müs-
 sen permanent auf die Sozial-
 demokraten zugehen, um Ver-
 bindungen zu knüpfen und um
 im Sinne der Aktionseinheit
 schrittweise Erfolge zu erzielen.

Helga Bornstädt

Konsequent gegen Rechtsextremismus

Der Sprecherrat des GBM-Ortsverbandes Dresden hat in einem
 Brief an den Ersten Bürgermeister der sächsischen Landes-
 hauptstadt den Willen der Dresdner Bevölkerung unterstri-
 chen, „die Zerstörung ihrer Stadt im Zweiten Weltkrieg nicht
 von Neonazismus, Fremdenhass und Rechtsextremismus miss-
 brauchen zu lassen“. Die Behörden seien gefordert, „alle rechts-
 staatlichen Mittel konsequent gegen rechtsextremistische Be-
 strebungen zu ergreifen“. In dem Schreiben wird die Erwartung
 ausgedrückt, „dass sich die Ordnungsbehörde der Stadt Dres-
 den bei ihren Entscheidungen für den Februar 2012 davon lei-
 ten lässt“.

ANZEIGE



2. Auflage

Die Broschüre

»»BARBAROSSA« – Raubkrieg im Osten«,
 herausgegeben vom Verlag 8. Mai GmbH.

Mit Fakten gegen Legenden: Beiträge namhafter Historiker, die
 zum 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion
 in jW erschienen sind, beleuchten Hintergründe der faschisti-
 schen Aggression, die als Vernichtungskrieg geführt wurde.

A-4-Format, zahlr. Abb., 80 Seiten, 5,80 €

(zzgl. 1,50 € Versandkosten)

(Ab einer Bestellung von 20 Broschüren gewähren wir Ihnen einen Preisrabatt von
 50 Prozent zzgl. Versand, Anfragen an ni@jungewelt.de) bzw. unter 030/53 63 55-37)

Bestellungen an:
mm@jungewelt.de
030/53 63 55-56

Die Tageszeitung
jungewelt